

DIE BRITISCHE LABOUR PARTY UND DIE
SOZIALISTISCHEN PARTEIEN OSTMITTELEUROPAS
1944 — 1948

Von Peter Heumos

Der vorliegende Bericht soll in knapper, auf die wesentlichen Fragestellungen beschränkter Form einige Forschungsergebnisse zu den Beziehungen zwischen der britischen Labour Party und den sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien Ostmitteleuropas 1944—1948 zusammenfassen; von diesen werden hier nur die Polnische Sozialistische Partei (PPS), die Sozialdemokratische Partei Ungarns und die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Partei berücksichtigt¹.

I

Es ist oft betont worden, daß die Außenpolitik der Labour-Regierung nach 1945 ein hohes Maß an Kontinuität mit der Außenpolitik der Konservativen Partei wahrte, personell und in der Sache; zu dieser gehörte eine traditionell antisowjetische Orientierung, die in den Leitvorstellungen Bevins ebenso großes Gewicht gehabt habe wie in den Strategien des Foreign Office vor 1939 und während des Zweiten Weltkrieges². Angesichts dieser Einschätzung fällt auf, daß selbst Spezialstudien zur Europapolitik von Labour in den ersten Nachkriegsjahren³ keinen Versuch unternahmen, die These von der prinzipiell antisowjetischen Fundierung britischer Außenpolitik an einem territorialen Bereich zu exemplifizieren, der hierfür besonders geeignet erscheint: Ostmitteleuropa, an der Nahtstelle zwischen Ost und West, nahm eben deshalb in der Bewegungsmechanik des Kalten Krieges und im Tauziehen der Großmächte um territoriale Einflußsicherung einen herausragenden Platz ein⁴. Hier müßte sich nicht nur die Reichweite der vermuteten antisowjetischen Eindämmungsstrategie der Labour-Regierung und damit das Ausmaß des „British Interest“ in Europa nach 1945 zeigen lassen; zu erwarten wäre darüber hinaus eine

¹ Das in dieser Zusammenfassung nur in einem kleinen Ausschnitt vorgestellte Quellenmaterial konnte während eines mehrwöchigen Forschungsaufenthalts in London im April und November/Dezember 1981 gesammelt werden. Für die Förderung des Projekts durch den Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen sei hier nochmals gedankt.

² Wagleitner, R.: Die Kontinuität der britischen Außenpolitik nach dem Wahlsieg der Labour Party im Juli 1945. *Zeitgeschichte* 5 (1977/78) 273 ff.

³ Lipgens, W.: Labour und Europa 1945/46. In: *Soziale Bewegung und politische Verfassung. Beiträge zur Geschichte der modernen Welt.* Hrsg. v. U. Engelhardt u. a. Stuttgart 1976, 713 ff.

⁴ In der Frage, wann dieses Tauziehen begonnen habe, gehen die Meinungen weit auseinander. Einen sehr frühen Beginn nimmt an Davis, L.: *The Cold War begins. Soviet-American Conflict over Eastern Europe.* Princeton 1974.

inhaltliche Präzisierung von „antisowjetisch“ bzw. „antikommunistisch“, und zwar insofern, als sich die ostmitteleuropäischen Staaten im Zuge ihrer antikapitalistischen Strukturreformen nach 1945 wesentlich weiter von bürgerlich-demokratischen Systemen entfernt hatten als das westliche Europa, das britische Engagement in Ostmitteleuropa daher auch Auskunft darüber geben könnte, was die Labour Party mit ihrer eigenen Sozialismus-Konzeption noch oder nicht mehr für vereinbar hielt.

Es mag sein, daß die Ostmitteleuropa-Politik der Labour-Regierung in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg bisher auch deshalb nicht ins Blickfeld geraten ist, weil sie — wie die der französischen Regierung — in diesem Teil Europas im Schatten der amerikanischen Politik stand, obwohl Ostmitteleuropa aus der Sicht des State Department an der Peripherie amerikanischer Weltpolitik lag und ein Gebiet „not of essential interest“ darstellte⁵. In jedem Falle waren die Möglichkeiten der britischen Politik — gemessen an den amerikanischen — von vornherein beschränkt: Die schwierige wirtschaftliche Lage Großbritanniens nach dem Kriege⁶ erlaubte es nicht, oder nur in sehr geringem Maße, die Außenpolitik auf ein vergleichbares ökonomisches und speziell außenwirtschaftliches Potential zu stützen und ihr dadurch größeres Gewicht zu verschaffen⁷.

Daß die Labour-Regierung nach 1945 den eingefahrenen Bahnen und konventionellen diplomatischen Handlungsmustern britischer Außenpolitik folgte, bedeutete auch den weitgehenden Verzicht auf den im Wahlkampf 1945 zu einem wesentlichen Programmpunkt künftiger Labour-Politik stilisierten sozialistischen Charakter der äußeren Politik; Bevin selbst hat das schon im August 1945 unumwunden festgestellt⁸.

Was für die Aktionsebene von Labour-Regierung und Foreign Office zutraf, galt jedoch nicht für die Ebene der internationalen Beziehungen der Labour Party, die über das National Executive Committee und das International Sub-Committee der Partei organisiert wurden. Hier war das zentrale Problem der Versuch, die internationale Gemeinschaft der sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien, die Sozialistische Internationale, wiederaufzubauen; dabei kam der Labour Party als Partei von großem internationalem Gewicht, die als einzige europäische Arbeiterpartei während des Krieges intakt geblieben war, eine Schlüsselfunktion zu⁹. Angesichts der Dominanz, die der politischen Linken in Europa nach der Niederwerfung des Faschismus zugefallen war, stellte sich in diesem Zusammenhang auch die Frage nach einer sozialistisch begründeten Außenpolitik in europäischem Maßstab¹⁰.

⁵ Dies die Quintessenz von Lundestad, G.: *The American Non-Policy towards Eastern Europe 1943—1947*. Oslo-New York 1975.

⁶ Vgl. Herring, G.: *The United States and British Bankruptcy, 1944—1945*. *Political Science Quarterly* 86 (1971) 260 ff.

⁷ Für die Tschechoslowakei hierzu Ullmann, W.: *The United States in Prague, 1945—1948*. New York 1978, 36, 38, 45.

⁸ Wagleitner 1977/78, 278.

⁹ Steininger, R.: *Deutschland und die Sozialistische Internationale nach dem Zweiten Weltkrieg*. Bonn 1979, 2 (Archiv für Sozialgeschichte. Beiheft 7).

¹⁰ Vgl. Healey, D.: *The International Socialist Conference 1946—1950*. *International Affairs* 26 (1950) 363 ff.

Es ist müßig darüber zu streiten, ob die internationale Politik auf Parteiebene unter „Außenpolitik“ subsumiert werden kann. Faktisch ist auf dieser Ebene von führenden Funktionären der Labour Party Außenpolitik betrieben worden, obwohl die Labour-Regierung für diesen Bereich ausschließliche Kompetenz beanspruchte; das zeigt u. a. ein Brief Attlees an Laski vom 20. August 1945, in dem der Premier den Vorsitzenden des Exekutivkomitees der Partei nachdrücklich darauf hinwies, er habe „no right whatever to speak on behalf of the Government. Foreign Affairs are in the capable hands of Ernest Bevin“¹¹. Andererseits ließ sich Healey, der das International Sub-Committee leitete, vor offiziellen Reisen ins Ausland vom Foreign Office stets über die Sprachregelungen zu aktuellen Problemen der internationalen Politik unterrichten¹². In bezug auf Ostmitteleuropa unterschieden sich die Einschätzungen auf beiden Ebenen der Außenpolitik offenbar von Anfang an. Während zumindest der mittlere Apparat des Foreign Office spätestens seit 1946 auch nichtkommunistische Kräfte und politische Bewegungen in Ostmitteleuropa nur noch in der „Iron Curtain“-Perspektive wahrnahm¹³ und jede nicht eindeutig antikommunistische Orientierung als „well sold to the Communists“ abqualifizierte¹⁴, verfolgte die Labour Party gegenüber den sozialistischen Parteien Ostmitteleuropas eine Strategie, die den komplizierten politischen Bedingungen in diesem Raum doch eher Rechnung trug.

II

Das im März 1945 auf einer internationalen sozialistischen Konferenz in London vorgelegte Programm der Labour Party zum „International Post-War-Settlement“¹⁵ und die von der Konferenz verabschiedete Deklaration¹⁶ sind in mehrfacher Hinsicht charakteristisch für die Situation der internationalen sozialistischen Bewegung am Vorabend des Sieges über den Faschismus; innerhalb dieses größeren Rahmens verwiesen sie auch auf die spezielle Problematik der osteuropäischen Sozialisten, von denen in London die PPS, die Tschechoslowakische Sozialdemokratische Arbeiterpartei und der polnisch-jüdische Bund vertreten waren¹⁷.

Insbesondere die Überlegungen zum Post-War Settlement sind geprägt von der allgemeinen Erwartung des bevorstehenden sozialistischen Aufbaus und zugleich der völligen inhaltlichen Unbestimmtheit des Begriffs „Sozialismus“. Dieser erscheint vor allem in loser Assoziation mit Vorstellungen über Weltfrieden, weltweite wirtschaftliche Kooperation, allgemeine Abrüstung und internationale politi-

¹¹ Zit. nach Williams, F.: A Prime Minister remembers. London 1961, 169.

¹² PRO London. FO 371 — 67169. R 310/11/21.

¹³ PRO London. FO 371 — 56707. N 15502/—/55.

¹⁴ PRO London. FO 371 — 59007. R 10026/256/21.

¹⁵ LPA London. International Department. LSI 27/5/9. Es handelt sich dabei um die erweiterte Fassung eines Programms, das zuvor auch in den in London exilierten Sozialistengruppen diskutiert worden war; eine erste Fassung lag der Jahreskonferenz der Labour Party im Frühsommer 1944 vor.

¹⁶ Declaration issued by the Conference of European Socialist Parties, held in London, 3rd, 4th, 5th March, 1945. LPA London. Internat. Dpt. LSI 27/2.

¹⁷ Steinger 1979, 40.

sche Zusammenarbeit. Diese Perspektive wurde zwar von der europäischen Linken nach 1945 weithin geteilt¹⁸, dürfte aber besonders für die sozialistischen Gruppen typisch gewesen sein, die — wie die meisten Teilnehmer der Londoner Konferenz — den Krieg im Exil verbracht hatten: Ohne direkte Teilhabe an den Erfahrungen der Massen in Faschismus und Krieg, ihrer Basis in den Heimatländern unsicher und daher oft mit vagen Einheitspartei- oder Volksfrontkonzeptionen operierend, wie u. a. die tschechoslowakische Sozialdemokratie¹⁹, lag für diese parteipolitischen Eliten der Versuch nahe, ihren Führungsanspruch und ihre Legitimation auf Rückversicherungen im internationalen Raum zu gründen; zu den Kristallisationspunkten dieser Rückversicherung zählten insbesondere UNRRA, Dumbarton Oaks, Bretton Woods und die Atlantik-Charta — Organisationen und Namen für globale Ordnungsprinzipien, mit denen sich vage Annahmen über die Möglichkeit sozialistischer Weltpolitik verknüpfen²⁰.

Es ist kein Zufall, daß derartige Tendenzen bei den ostmitteleuropäischen Sozialisten am stärksten zutage traten, wie das Memorandum des tschechoslowakischen Sozialdemokraten Bělina zeigt, das dieser in die Londoner Konferenz einbrachte²¹. Bělinas Plädoyer für die feste Einbeziehung der Tschechoslowakei in einen gesamt-europäischen und weltweiten Wirtschaftszusammenhang, für die Stärkung der Kompetenzen der UNO, für die Errichtung und den Ausbau von Organisationen zur internationalen Regelung der Rohstoff- und Nahrungsmittelverteilung, und sein dringender Aufruf zur engen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Großmächte machen überaus klar, daß die ostmitteleuropäischen Sozialisten die europäische Nachkriegsordnung in erster Linie unter dem Aspekt kollektiver Sicherheit begriffen, die — vor allen Überlegungen zur gesellschaftlichen Neuordnung nach der faschistischen Periode — als entscheidende Voraussetzung für die eigene unabhängige staatlich-nationale Existenz angesehen wurde. Die künftige internationale Stellung der Tschechoslowakei, so erklärte Nečas im Dezember 1943 für die tschechoslowakischen Sozialdemokraten im Londoner Exil, „must be founded on the basis of collective security“²².

Diese Forderungen kamen nicht nur aus den jüngsten Erfahrungen der faschistischen Aggression, sondern auch aus Befürchtungen hinsichtlich des im weiteren Kriegsverlauf zu erwartenden und 1943 schon absehbaren Vordringens der Sowjetunion nach Mitteleuropa. Auf einer von der Labour-Führung einberufenen Konferenz der sogenannten alliierten Sozialisten, die am 10. Dezember 1943, zwei Tage vor der Unterzeichnung des sowjetisch-tschechoslowakischen Freundschafts- und Beistandspaktes, stattfand, stellte derselbe Nečas fest, daß die Tschechoslowakei

¹⁸ Für Frankreich wird dies deutlich herausgearbeitet von L o t h, W.: Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940—1950. Stuttgart 1977.

¹⁹ Vgl. Cesta ke Květnu. Vznik lidové demokracie v Československu [Der Weg zum Mai. Der Anfang der Volksdemokratie in der Tschechoslowakei]. Bd. I/1. Prag 1965, Dok. Nr. 122.

²⁰ Vgl. L o t h 1977, 46 ff.

²¹ LPA London. International Department. LSI 27/3/15.

²² E b e n d a LSI 27.

nicht der Osten, sondern Zentraleuropa sei, und sein Parteigenosse Bělina verlangte nachdrücklich „no division of Europe into spheres of influence“²³.

Wenn die Konturen des erwarteten sozialistischen Aufbaus auf der Londoner Konferenz wie überhaupt in der von British Labour gegen Kriegsende intensivierten Diskussion um den Wiederaufbau der Sozialistischen Internationale blaß blieben, dann lag das nicht nur daran, daß a) eine Einigung der Sozialisten über allgemeine Grundsätze internationaler Zusammenarbeit auf staatlicher Ebene müheloser erzielt werden konnte als über konkrete Probleme der Gesellschaftspolitik mit ihren von Land zu Land wechselnden strukturellen Voraussetzungen und b) die ostmitteleuropäischen Sozialisten vorab an Fragen der staatlich-nationalen Existenzsicherung interessiert waren. Darüber hinaus ist klar, daß die unübersichtliche Situation in Europa und die nichtrepräsentative Zusammensetzung der Londoner Konferenz²⁴ keine genaueren Festlegungen gesellschaftspolitischer Konzeptionen erlaubten. Ebenso deutlich ist aber, daß das Fehlen solcher Festlegungen mit dem bewußten Ausklammern einer Konfliktmaterie zusammenhing, die zunächst mit der spezifischen Situation der PPS verknüpft war, im Kern aber eine Frage von viel allgemeinerer Bedeutung berührte.

Einige Wochen vor der Londoner Konferenz, am 24. Januar 1945, hatte das Auslandskomitee der PPS in London dem damaligen Leiter der internationalen Abteilung der Labour Party, Gillies, eine Erklärung übersandt, die in äußerst scharfer Form gegen die unter sowjetischem Druck vollzogene Reorganisation der PPS in Polen protestierte, insbesondere gegen die demokratisch nicht legitimierte Besetzung von Spitzenpositionen der Partei mit Funktionären, die zu keiner Zeit in den Führungsgremien der PPS tätig, teils nie Mitglieder der PPS gewesen waren²⁵. Ebenso scharf wandte sich die Erklärung gegen die mit Unterstützung Moskaus in den Sattel gehobene prosowjetische „Provisorische Polnische Regierung“²⁶, der einige der illegitim an die Macht gelangten neuen Spitzenfunktionäre der PPS angehörten. „All those would-be representatives of the Polish Socialist Party“, heißt es abschließend in der Stellungnahme des Auslandskomitees, „are usurpers whom the Polish Working Class, organised by the Polish Socialist Party, did not authorise to speak on their behalf. The reference by the so-called ‚Provisional Government‘ in Lublin to support given to them by the Polish Socialist Party and their participation in this Government is a mystification and abuse which we stigmatise, and of which we warn the Socialist and Labour Movements in the whole world . . .“

Eine Thematisierung dieser Problematik durch die Labour Party lag offensichtlich völlig außerhalb ihres außenpolitischen Konzepts, und zwar gerade aufgrund der Verflechtung des PPS-Komplexes in Polen mit der polnischen Frage als einem

²³ E b e n d a.

²⁴ Es fehlten die sogenannten „Enemy Alien Socialists“, also vor allem die deutschen Sozialdemokraten und die österreichischen Sozialisten; aus Osteuropa fehlten die Ungarn, Rumänen und Bulgaren.

²⁵ LPA London. International Department. Poland. Correspondence 1932—1946. Die Erklärung erwähnt namentlich Drobner, Osóbka-Morawski und Matuszewski.

²⁶ Vgl. Polonsky, A. / Drukier, B.: *The Beginnings of Communist Rule in Poland*. London 1980, 14 ff.

zentralen Gegenstand der Kriegsdiplomatie der Anti-Hitler-Koalition. Die britische Regierung hatte schon im November 1944 der wichtigsten Forderung des Lubliner Komitees, der Westverschiebung Polens, prinzipiell zugestimmt; auch die USA ließen erkennen, daß sie gegen diese Forderung keine grundsätzlichen Einwände erheben würden. Anfang Januar 1945 war die Lubliner Regierung zudem durch die Sowjetunion diplomatisch anerkannt worden²⁷. Die PPS-Problematik stand daher — weil sie unauflöslich mit der Frage nach der Legitimität der Lubliner Regierung verknüpft war — längst vor einem diplomatischen *fait accompli*. Daß die Labour Party nicht bereit war, die anglo-amerikanisch-russische Kriegsallianz durch Kritik an der Sowjetunion zu belasten, hatte sie in den Jahren zuvor schon zu verstehen gegeben²⁸. Die Überlegungen des National Executive Committee zur Nachkriegsordnung bestätigten noch einmal ausdrücklich die Priorität der Aufrechterhaltung der Kriegsallianz: „... Our first aim, therefore, must be to continue the closest possible Anglo-American-Russian co-operation. If we three hold together, all will be well; if we fall apart, all will be dark and uncertain ...“²⁹.

Mit der Erklärung des PPS-Auslandskomitees war — in extremer Form — die Frage nach den Modalitäten der Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialisten im Nachkriegseuropa aufgeworfen. Obwohl sie sich quer durch den Kontinent stellte und im westlichen Europa, zumal in Frankreich und Italien, erhebliches praktisch-politisches Gewicht besaß, kam ihr im östlichen Europa zweifellos die weitaus größte Bedeutung zu. Hier bildete die sozialistisch-kommunistische Kooperation nicht nur ein tragendes Element der neuen volksdemokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung, sondern auch eine wichtige innenpolitische Bedingung der außenpolitischen Anbindung der ostmitteleuropäischen Länder an die Sowjetunion.

In der Labour Party war das Problem der Zusammenarbeit mit den Kommunisten umstritten; gegen die innerparteiliche Linke formulierte vor allem Price im Februar 1945 eine klare prinzipielle Ablehnung³⁰. Im Blick auf die europäischen Verhältnisse und die beabsichtigte Rekonstruktion der Sozialistischen Internationale — in welcher Form auch immer — gab es jedoch keine Entweder-Oder-Lösung, wenn man die Internationale nicht von vornherein als Torso konzipieren wollte. Es überrascht somit nicht, daß die Frage der Kooperation oder Aktionseinheit mit den kommunistischen Parteien weder im Post-War Settlement noch in der Londoner Deklaration vom März 1945 erwähnt wird.

Im Falle der PPS hat sich die Labour Party in dieser Frage gegen die unzweifelhaft größere demokratische Legitimität des Auslandskomitees³¹ entschieden, zu-

²⁷ Vgl. Roos, H.: Geschichte der polnischen Nation 1918—1978. Von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Stuttgart 1979, 195 ff.

²⁸ Beispielsweise durch zurückhaltende Kommentare zur Hinrichtung der beiden polnisch-jüdischen Sozialistenführer Erlich und Alter durch sowjetische Behörden Ende 1941. Einiges Material hierzu: LPA London. International Department. Poland. Correspondence 1932—1946.

²⁹ The International Post-War Settlement 3.

³⁰ Steininger 1979, 38 f.

³¹ Das Zentrale Exekutivkomitee der PPS, das während der nationalsozialistischen Okkupation in Polen im Untergrund operierte, hatte das Auslandskomitee mit der Ver-

gunsten der im britischen Staatsinteresse liegenden Verständigung mit Moskau. Auch in der Folgezeit zeigte Labour keine Bereitschaft, durch Parteinahme im polnischen Problem die in dieser Hinsicht ohnehin nicht konfliktfreien britisch-sowjetischen Beziehungen mit zusätzlichen Spannungsmomenten zu belasten. Die der Labour Party übersandten Memoranden des PPS-Auslandskomitees vom 15. Mai 1945 zur Verhaftung führender PPS-Funktionäre³² sowie zur unrechtmäßigen Eingliederung der polnischen Ostgebiete in die Sowjetunion³³, dann vor allem die von Ciolkosz verfaßte Denkschrift über „The present situation of the Socialist Movement in Poland“³⁴ vom 16. Mai 1946 blieben ohne erkennbare Rückwirkung auf die Haltung, die Labour gegenüber der Polnischen Sozialistischen Partei in Polen selbst eingenommen hat. Die Argumente des Auslandskomitees, daß die prokommunistische PPS-Führung in Polen „does not enjoy the confidence of the rank and file“, daß das Gros der Parteimitglieder „remains faithful to the ideals of democratic Socialism and loyal to the genuine leaders of the PPS“ und daß „the leadership of the ‚official‘ PPS is in no way entitled to represent the genuine democratic Socialists of Poland“³⁵, haben die faktische und formelle Anerkennung der „offiziellen“ PPS als legitime Vertretung der polnischen Sozialisten durch die Labour Party nicht verhindert. Durch die Aufnahme der PPS in die Internationale Sozialistische Konferenz als deren vollberechtigtes Mitglied³⁶ wurde der Partei außerdem bestätigt, wenn auch nur unausdrücklich, daß ihr Programm den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus entsprach; schon dem „Socialist Preparatory Committee“, das im März 1945 mit den Vorarbeiten zum Wiederaufbau der Internationale betreut worden war, gehörten nur Vertreter von Parteien mit demokratisch-sozialistischer Orientierung an³⁷.

Das Gegenbeispiel zur PPS war in gewisser Hinsicht die bulgarische Sozialdemokratie. Ihrem prokommunistischen Flügel unter Nejkov, der sich — nicht anders als in Polen — mit z. T. illegitimen Mitteln und dank sowjetischer Rückendeckung gegen die traditionell sozialdemokratischen Gruppierungen um Lulčev durchgesetzt hatte, wurde auf den internationalen sozialistischen Konferenzen nach 1945 nicht mehr als ein Beobachterstatus konzedierte³⁸, zweifellos auch unter dem Einfluß der

tretung der PPS beauftragt. Von den PPS-Funktionären, die in die Lubliner Regierung eintraten, hatte vor 1939 keiner dem Zentralen Exekutivkomitee der Partei angehört; demgegenüber waren im Auslandskomitee 11 Mitglieder des Nationalrates und 4 Mitglieder des Zentralen Exekutivkomitees der PPS nach dem Stand des Jahres 1939 vertreten. Nachweis wie Anm. 25.

³² LPA London. International Department. Poland. Memoranda/Correspondence 1940—1948.

³³ E b e n d a.

³⁴ E b e n d a.

³⁵ The present situation of the Socialist Movement 10.

³⁶ Bis zur Konferenz in Clacton im Mai 1946 wurde die PPS im Rahmen dieser Konferenz durch Mitglieder des Auslandskomitees vertreten, insbesondere durch Ciolkosz, Grosfeld und Stańczyk. In Clacton erschienen erstmals Repräsentanten der „offiziellen“ PPS, u. a. Cyrankiewicz.

³⁷ Steininger 1979, 40 Anm. 158.

³⁸ E b e n d a 47, 53 Anm. 219.

Labour Party, die sich im Falle Bulgariens der Notwendigkeit enthoben sah, auf übergeordnete außenpolitische Erwägungen Rücksicht nehmen zu müssen³⁹.

Zwischen diesen beiden Polen, dem bulgarischen und dem polnischen, läßt sich eine Argumentationslinie der Labour Party gegenüber den sozialistischen/sozialdemokratischen Parteien in Ostmitteleuropa verfolgen, die — knapp skizziert — so aussah: Die Aktionseinheit der Sozialisten/Sozialdemokraten mit den Kommunisten wurde als solche nicht zum Gegenstand prinzipieller politischer Kritik gemacht. Das Interesse konzentrierte sich vielmehr auf die Frage, ob und wie weit die ostmitteleuropäischen Parteien in den Aktionsbündnissen bzw. Koalitionen mit den kommunistischen Parteien vom Typus der Nationalen, Patriotischen oder Vaterländischen Front ihre organisatorische und programmatisch-ideelle Selbständigkeit bewahrten, ob ihre politischen Initiativen aus eigenen Antrieben kamen oder bloß denen der Kommunisten folgten, welchen Beitrag sie zur Aufrechterhaltung traditioneller demokratischer Strukturen leisteten und wie ausgeprägt ihre „westliche“ Orientierung war.

Liest man unter diesem Blickwinkel die Berichte führender Labour-Politiker, die als Mitglieder offizieller Parteidelegationen Ostmitteleuropa zwischen 1945 und 1947 bereisten, so ergibt sich ein differenziertes, um Verständnis bemühtes Bild der sozialistischen Bewegung in der Tschechoslowakei, in Ungarn und Polen, das die Politik der Labour Party jedenfalls nicht als bloße abhängige Variable von Regierung und Foreign Office erscheinen läßt.

Generalsekretär Phillips, der im Oktober 1945 zusammen mit dem Abgeordneten Williamson die Partei auf dem ersten Nachkriegskongreß der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei in Prag repräsentierte⁴⁰, bezeichnete diesen Kongreß in seinen Berichten⁴¹ als „emphatic re-affirmation of the belief of the Party in democracy, and of its determination to preserve it as a cardinal principle of both State and party policy“. Insofern schien ihm auch der Hauptzweck des Kongresses erfüllt, nämlich „to demonstrate the independence of the Party, and to make it clear that it was not merely an appendage of the Communist Party“. Die von der tschechoslowakischen Sozialdemokratie selbst anerkannte Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit den Kommunisten relativiert Phillips durch die Feststellung, die politischen Zielsetzungen der tschechoslowakischen Kommunisten seien „quite different from those pursued in the inter-war period“; die kommunistische Partei stehe nun „in the forefront of the demand for the maintenance of a free democracy“. Überdies habe sich gezeigt, daß die Initiative in den revolutionären Aktionen nach dem Kriege — Phillips führt das Beispiel der Nationalisierung der Industrie an — bei der Sozialdemokratie liege, vor allem bei ihrem linken Flügel, den

³⁹ Das geringe Interesse der britischen Außenpolitik an Bulgarien war offenbar taktischer Natur. Durch Zurückhaltung in Bulgarien wollte das Foreign Office Konflikte mit der Sowjetunion vermeiden, die Rückwirkungen auf das starke britische Engagement in der griechischen Frage hätten haben können. Vgl. L u n d e s t a d 1975, 264.

⁴⁰ LPA London. International Department. International Sub-Committee 1944—1949. Minutes No. 2, 1945/46.

⁴¹ E b e n d a. Minutes & Documents 1944—1949. Czechoslovakia.

Phillips als „the most revolutionary force in Czechoslovakia at the moment“ bezeichnet⁴².

Trotz aller prokommunistischen Orientierung der tschechoslowakischen Sozialdemokratie fand der Generalsekretär der Labour Party in der Partei „abundant evidence of a desire to lean to the West“. Die Rede Phillips' vor dem Parteikongreß und seine Versicherung, daß die Labour Party enge freundschaftliche Beziehungen zu den demokratischen Sozialisten in der Tschechoslowakei herstellen wolle, fand „an almost embarrassing reception“.

Kontrovers war in der Labour Party die Einschätzung der Situation der Sozialisten in Ungarn, das Phillips im November 1946 und Healey als Vorsitzender des International Sub-Committee der Partei im Januar/Februar 1947 besuchten. Ausgangspunkt der Lagebeurteilung beider Labour-Politiker⁴³ war das für die gesamtgesellschaftliche und -politische Entwicklung in Ungarn zentrale Problem der Kleinlandwirte-Partei, die von Sozialisten und Kommunisten als konterrevolutionäre Bewegung betrachtet und bekämpft wurde. In einer Unterredung mit Premierminister Nagy bezweifelte Phillips, daß die Gefahr konterrevolutionärer Bestrebungen durch die Kleinlandwirte gegeben sei; diese Gefahr sei vielmehr von kommunistischer Seite überdimensional dargestellt worden, um die Sozialdemokratie in ein Aktionsbündnis mit der eigenen Partei hineinzumanövrieren. In diesem Bündnis habe die Sozialdemokratie ihre Selbständigkeit weitgehend verloren und werde von der Kommunistischen Partei dazu benutzt, über die gemeinsam betriebene Zerschlagung der Kleinlandwirte-Partei hinaus die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie in Ungarn zu zerstören. Phillips sah seine Aufgabe in Budapest daher vor allem darin, die Führung der Sozialdemokratie — dem galten insbesondere seine Gespräche mit ihrem Generalsekretär Szakasits — zu einer Politik der größeren Unabhängigkeit von den Kommunisten zu veranlassen; es sei „vitally important to the British Labour Party that Social Democratic Parties everywhere should resist subordinating themselves to the Communists“⁴⁴.

Healey, der sich Ende Januar und Anfang Februar 1947 aus Anlaß des Parteikongresses der ungarischen Sozialdemokraten mehrere Tage in Budapest aufhielt, schloß dagegen die Möglichkeit eines konterrevolutionären Putsches durch die ungarischen Agrarier nach dem Muster der Gegenrevolution von 1918/19 nicht aus; insofern und deshalb, weil Ungarn „has never known real democracy“, hielt er das kommunistisch-sozialistische Bündnis für grundsätzlich gerechtfertigt. Entscheidend war für ihn die Tatsache, daß die Sozialdemokratie trotz ihrer engen politischen Zusammenarbeit mit den ungarischen Kommunisten von einer Einheitspartei nichts wissen wollte. „A recent Communist suggestion for fusion of the two parties“,

⁴² Aus dem Zusammenhang geht hervor, daß Phillips hier nicht den prokommunistischen Flügel der Partei meint. Tatsächlich ging die Einbeziehung der Nationalisierung der Industrie in das Regierungsprogramm der Nationalen Front vom 5. April 1945 auf eine Forderung der Sozialdemokraten zurück.

⁴³ Für Phillips: PRO London. FO 371 — 59008. R 17167/256/21; für Healey: LPA London. International Department. International Sub-Committee. Minutes & Documents 1944—1949. Report on Hungary by Denis Healey.

⁴⁴ FO 371 — 59008. Protokoll der Unterredung Nagy — Phillips.

notierte Healey in seinem Bericht über den Budapester Parteikongreß, „was so emphatically rejected that the possibility is not now considered“.

Angesichts dessen, daß die Sozialisten in Ungarn in die Defensive gedrängt wurden, zog Phillips auch die Möglichkeit in Betracht, daß die Labour Party — um die parlamentarische Demokratie in Ungarn aufrechtzuerhalten — zu einer Politik der Stützung konservativer gesellschaftlicher Gruppen in Ungarn übergehen könne. Diese Überlegung lag ganz auf der Linie des Foreign Office und der Britischen Politischen Mission in Budapest, die im November 1946 ihre Hoffnungen auf das Zustandekommen einer antikommunistischen Koalition aus Kleinlandwirten und Sozialdemokraten setzten⁴⁵. Healey wollte von solchen Strategien nichts wissen; die Labour Party, so erklärte er schon Anfang 1946 auch in bezug auf das ungarische Problem, könne reaktionäre politische Kräfte nicht nur deshalb unterstützen, weil ihr der Kommunismus nicht behage⁴⁶.

Unter Healeys Vorsitz hat sich das International Sub-Committee der Partei in seiner ostmitteleuropäischen Politik an diesen Grundsatz gehalten und die prinzipiellen Bedingungen dieser Politik — wie das Beispiel der tschechischen nationalen Sozialisten verdeutlicht — sogar sehr eng definiert. Die Führung der nationalen Sozialisten, einer Partei, die sich nicht an marxistischer Programmatik, sondern an den in der tschechischen Arbeiterbewegung traditionell stark ausgeprägten genossenschaftssozialistischen Vorstellungen orientierte und klassenkämpferische Strategien ablehnte, schlug der Labour Party im Herbst 1946 mehrfach vor, intensive Beziehungen zwischen beiden Parteien herzustellen. Healey war hierzu nicht bereit und begnügte sich in seiner Stellungnahme mit einem kurzen Hinweis auf die marxistisch fundierte internationale Politik der Labour Party im Rahmen der „informal Socialist International“⁴⁷.

Auf die Ratio dieser Strategie von Labour wird unten noch einzugehen sein. Die weitere Entwicklung der sozialistischen Bewegung besonders in der Tschechoslowakei und in Polen machte es aus der Sicht Labours in der Tat überflüssig, das Aktionsfeld der ostmitteleuropäischen Politik zu erweitern, um die sozialistischen Parteien in diesen Ländern machtpolitisch zu stützen. Als Marksteine dieser Entwicklung interpretierte Healey den Brüner Kongreß der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei vom 14. bis 16. November 1947 und den 27. Kongreß der PPS in Breslau vom 14. bis 16. Dezember 1947.

Nach der in Brünn vollzogenen Abwahl Fierlingers als Parteivorsitzenden der tschechoslowakischen Sozialdemokratie und damit der Entmachtung des wichtigsten Repräsentanten der prokommunistischen Gruppen in der Partei sah Healey die tschechoslowakischen Kommunisten „faced with an almost impossible task if they wish to obtain 51 % in the general election next May without open terrorism . . .“⁴⁸. Die Gefahr, daß die Sozialdemokratie in das Fahrwasser der Kommu-

⁴⁵ E b e n d a. Kommentar der Britischen Politischen Mission in Budapest zum Phillips-Besuch.

⁴⁶ S t e i n i n g e r 1979, 49.

⁴⁷ PRO London. FO 371— 65802. N 12557/351/12 und N 13414; das Zitat nach einem Brief Healeys an Bevin vom 20. November 1947, e b e n d a.

⁴⁸ Report on the visit of Mr. Denis Healey, International Secretary of the Labour Party,

nisten geraten könnte, die sich zumal nach dem Einheitspakt vom September 1947 abgezeichnet hatte, war nun offenbar endgültig gebannt, da der in Brünn gewählte Exekutivausschuß der Partei über eine klare Mehrheit von Gegnern des Einheitspaktes verfügte. Das ursprüngliche Prinzip der Nationalen Front, die breite Kooperation von bürgerlichen Parteien, Sozialisten und Kommunisten, war zu Lasten der engeren sozialistisch-kommunistischen Aktionseinheit wiederhergestellt. Mit dieser Wende erhielt der Begriff „Demokratie“ eine deutlich antikommunistische Stoßrichtung, wie Healey in seinem Bericht konstatiert, vor allem in der Reaktion auf den wachsenden kommunistischen Terror gegenüber der Arbeiterschaft.

Auch für Polen führte Healey die sich 1947 häufenden Versuche der Kommunisten, die Sozialisten für die Einheitspartei zu gewinnen, darauf zurück, daß die Sozialisten — in Polen also die PPS — einen kontinuierlichen Machtzuwachs verzeichneten, auch und gerade in der Arbeiterschaft. Healeys Analyse des Breslauer Kongresses der PPS⁴⁹ stellt ganz auf diese Entwicklung ab; durch die Ausschaltung führender Funktionäre, deren Machtstellung im Apparat der PPS nur durch kommunistische Intervention zustande gekommen war⁵⁰, durch das Amnestieangebot an die Mitglieder der noch im Untergrund kämpfenden Résistance⁵¹ und durch ihre konsequent demokratisch-sozialistische Politik „the Party itself grew considerably in membership“ und „retained the confidence of the majority of its pre-war supporters“. Parteichef Cyrankiewicz erklärte daher auf dem Breslauer Kongreß „clearly and unequivocally that the PPS considered it had a unique and indispensable function to perform in the development of the Polish State. This statement was received by the Congress as an answer to Gomulka's demand for fusion. There was cheering for several minutes, followed by the singing of the Red Flag . . .“⁵².

Healeys Auffassung, daß sich die sozialistischen Parteien Ostmitteleuropas im Jahre 1947 gegenüber 1945 ein gutes Stück von den Kommunisten abgesetzt hätten und auf einer Grundlage zu konsolidieren begännen, die eher ihren Vorkriegstraditionen entsprach, ist aus zwei Gründen wichtig. Erstens vertrat die Mehrheit der westeuropäischen sozialistischen Parteien auf dem Boden der Internationalen Sozialistischen Konferenz und des COMISCO die gegenteilige Auffassung und ließ sich von dieser auch praktisch-politisch leiten⁵³. Zweitens ist diese gegenteilige Auffassung, daß also die ostmitteleuropäischen sozialistischen Parteien nach 1945 in immer stärkere Abhängigkeit von den kommunistischen Parteien geraten seien, von

to the biennial Congress of the Czechoslovak Social Democratic Party at Brno, 14—16 November 1947. PRO London. FO 371 — 65802. N 13414.

⁴⁹ Report on the 27th Congress of the Polish Socialist Party in Wrocław, December 14—16, 1947, by Mr. Denis Healey; LPA London. International Department. International Subcommittee 1944—1949.

⁵⁰ Healey erwähnt Osóbka-Morawski und Matuszewski, die aus führenden Positionen im Parteiapparat entfernt worden waren. Vgl. oben, Anm. 25.

⁵¹ Hier handelte es sich vor allem um Einheiten der „Armia Krajowa“, die im Zweiten Weltkrieg gegen die deutsche Besatzungsmacht gekämpft hatten und sich nach 1945 im Untergrund gegen die Kommunisten formierten.

⁵² Gomulka hatte diese Forderung in seiner Rede auf dem Breslauer Kongreß erhoben.

⁵³ Vgl. Steininger 1979, 83 und passim.

der Literatur unbesehen übernommen worden; auch in neuesten Darstellungen dient sie als entscheidende Erklärung für das Scheitern der Integration der ostmitteleuropäischen Parteien in die Sozialistische Internationale ⁵⁴.

III

Hinter dieser Einschätzung stand und steht die Vermengung zweier gegenläufiger Prozesse: der innen- und der außenpolitischen Entwicklung in Ostmitteleuropa. So zutreffend Healeys Urteil über die allmähliche Emanzipation der ostmitteleuropäischen Sozialisten von den kommunistischen Parteien dieser Länder ist, so wenig Zweifel bestehen andererseits daran, daß sich die ostmitteleuropäischen Staaten — parallel zu diesem Vorgang — außenpolitisch in wachsendem Maße sowjetischen Interessen unterordnen mußten; auch in dieser Hinsicht erscheint 1947 als ein Wendepunkt, wenn man an die durch Moskau erzwungene Ablehnung des Marshallplans seitens der ostmitteleuropäischen Regierungen denkt ⁵⁵.

Diese zunehmende außenpolitische Abhängigkeit war für die Wahrnehmung der ostmitteleuropäischen Problematik durch die westeuropäischen sozialistischen Parteien maßgebend: In dieser Perspektive schien alles, was die Sozialisten in Prag, Budapest oder Warschau taten und dachten, nur zu bestätigen, daß sich diese Parteien am „Gängelband Moskaus“ befanden ⁵⁶. Einige der Probleme, die sich daraus insbesondere im Rahmen des Wiederaufbaus der Sozialistischen Internationale ergaben, sollen im folgenden kurz gestreift werden. Dabei interessiert — angesichts dessen, daß sich die Literatur durchweg einseitig auf die Darstellung des Standpunktes der westeuropäischen Sozialisten beschränkt, dieser Standpunkt somit hinlänglich bekannt ist — in erster Linie die Sicht der ostmitteleuropäischen Sozialisten.

Bereits auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz in Clacton im Mai 1946 zeichnete sich die west-östliche Trennlinie in der internationalen sozialistischen Bewegung deutlich ab, als die tschechoslowakischen, polnischen, ungarischen und rumänischen Vertreter den Vorschlag einbrachten, eine Arbeiterinternationale aufzubauen, der — wie dem Weltgewerkschaftsbund — Sozialisten und Kommunisten angehören sollten ⁵⁷. Nur mit der Feststellung, daß diese Initiative „wohl kaum realistisch gemeint“ gewesen sei ⁵⁸, wird man ihrer Bedeutung nicht gerecht, so richtig es ist, daß sie in Clacton nicht die geringsten Aussichten auf Verwirklichung hatte.

Cyrankiewicz, der Generalsekretär der PPS, hat auf dem erwähnten Breslauer Kongreß den größeren Zusammenhang entwickelt, in dem der in Clacton unterbreitete Vorschlag der sozialistischen Parteien Ostmitteleuropas zu sehen ist; was Cyrankiewicz in Breslau speziell im Blick auf die PPS erläuterte, galt ohne Einschränkung auch für die anderen sozialistischen Parteien in Ostmitteleuropa.

⁵⁴ E b e n d a 83.

⁵⁵ Für Ostmitteleuropa insgesamt hierzu L u n d e s t a d 1975, 397 ff.

⁵⁶ S t e i n i n g e r 1979, 83.

⁵⁷ LPA London. International Department. Clacton 1946/47, International Socialist Conference.

⁵⁸ S t e i n i n g e r 1979, 47.

Es mußte der PPS — Cyrankiewicz zufolge — daran gelegen sein, daß die Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten in der internationalen sozialistischen Gemeinschaft auch und gerade im Westen so weit wie nur irgend möglich vorangetrieben wurde, da allein auf diese Weise Polens eigener Weg zum Sozialismus und die staatliche Unabhängigkeit des Landes gewahrt werden konnten. Eine breite revolutionäre Front im Westen war die Voraussetzung für eine gesamt-europäische, Polen einschließende gesellschaftspolitische Interdependenz und die sicherste Garantie gegen die sich abzeichnende west-östliche Blockbildung. „The Polish way towards socialism“, referiert Healey die Ausführungen des PPS-Politikers, „must be a bridge between the Russian Revolution and a future social revolution in the West. While admitting the multiplicity and diversity of revolutionary ways towards socialism, Poland cannot ever be a bridge between capitalism and revolution or between reformism and revolution“⁵⁹. Ein weiteres grundsätzliches Argument warf der Wirtschaftstheoretiker der PPS, Lange, in die Debatte, als er in bezug auf den Marshallplan und dessen gesellschaftspolitische Zielrichtung feststellte, „that the counter offensive from the United States was directed as much against socialism as against communism“, und eben dieser fundamentale Sachverhalt erfordere die Zusammenarbeit von Sozialisten und Kommunisten und mache verständlich, daß die PPS „opposed the reconstruction of fractional Internationals, whether Socialist or Communist“⁶⁰.

Daß es der PPS darum ging, durch die Kooperation von Sozialisten und Kommunisten im Westen einen hohen revolutionären Pegelstand, damit eine Ost und West verbindende gesellschaftliche Bewegung herzustellen, die wiederum eine Garantie für die unabhängige Entwicklung des Sozialismus in Ostmitteleuropa und — in letzter Instanz — für die staatliche Souveränität der Länder Ostmitteleuropas bilden sollte — dies hatte Rusinek als Vorsitzender des Präsidiums der PPS bereits Anfang Dezember 1946 auf einer Konferenz der sozialistischen Parteien Zentral- und Osteuropas in Prag klar zum Ausdruck gebracht. Noch deutlicher als bei Cyrankiewicz und Lange tritt bei Rusinek die grundsätzliche Überlegung hervor, daß die Weiterentwicklung des demokratischen Sozialismus und die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit nur auf der Grundlage entspannter Ost-West-Beziehungen denkbar seien, diese letzteren jedoch nicht — und das ging an die Adresse der westeuropäischen Sozialisten — in der Frontstellung gegen die kommunistischen Parteien realisiert werden könnten. In der Tat ist Rusineks Referat in Prag ein geradezu flammendes Bekenntnis zur Unabhängigkeit der Völker und Staaten und vor dem Hintergrund bedrohlich wachsender sowjetischer Vormachtansprüche in Osteuropa sicherlich auch kein Beleg für die gängige Behauptung der Literatur, die Politik der PPS gegenüber Moskau habe in fortgesetzten Kottaus bestanden⁶¹. „Nations qui désirent l'indépendance et la souveraineté de vos états“, heißt es bei Rusinek in Abwandlung eines bekannten Wortes von Marx, „qui aiment la liberté, la

⁵⁹ Report on the 27th Congress 3.

⁶⁰ E b e n d a.

⁶¹ Steininger 1979, 87.

paix et la démocratie, qui combattez pour la justice commune et pour le socialisme, unissez-vous⁶²!“

Aus der Sicht der PPS-Führung bewies vor allem die innenpolitische Entwicklung in Frankreich seit dem Frühjahr 1947 die Richtigkeit ihrer Annahme, daß die Sozialisten ohne Unterstützung durch die kommunistischen Parteien der Gegenoffensive der politischen Rechten nicht standzuhalten vermochten. „They feel that the course of events in France justifies them in their criticisms of the line followed by the French Socialist Party“, referiert Healey⁶³. Es spricht für die prinzipielle Gleichartigkeit der internationalen Orientierung der ostmitteleuropäischen Sozialisten, daß die von der SFIO verfochtene Konzeption der „Troisième Force“ auch in der tschechoslowakischen Sozialdemokratie keine Resonanz fand⁶⁴ — mit Sicherheit vor allem deswegen, weil die Europapolitik der französischen Sozialisten seit dem zweiten Halbjahr 1947 unverkennbar auch auf Strategien kommunistischer Eindämmung setzte⁶⁵ und im Grunde bereits von der Zugehörigkeit der ostmitteleuropäischen Staaten zu einem Ostblock ausging⁶⁶.

Sowohl für die PPS als auch für die tschechoslowakische und die ungarische Sozialdemokratie kam daher als Adressat der Zielvorstellung einer gesamteuropäischen sozialistischen Integration nur die Labour Party in Betracht; die Belege hierfür sind noch 1947 zahlreich und völlig eindeutig.

Auf dem Breslauer PPS-Kongreß legte Lange seinen Ausführungen zur internationalen Politik zwar im großen und ganzen das vom Kominform entworfene Bild „of a divided world threatened by a capitalist American offensive“ zugrunde, betonte aber, daß er „Labour Britain“ nicht mit Amerika in einen Topf werfen wolle⁶⁷. Die PPS-Spitze habe in der Tat „envious respect for the achievements of the British Labour Party“, schrieb Healey nach dem Breslauer Parteitag, und sei entschlossen, „to take risks and court embarrassment to maintain friendly relations with the Western Socialist Parties and particularly with the Labour Party“⁶⁸.

In den Führungsgremien der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei nahm die Diskussion über die Rolle der Labour Party in der internationalen Politik und der sozialistischen Bewegung einen gewichtigen Platz ein; vor allem zum Jahresende 1947 und Anfang 1948 bildete sie hier das beherrschende Thema. Die scharfen Gegensätze, welche in diesem Punkt zwischen dem prokommunistischen Fierlinger-Flügel und der Mehrheit von Parteivorstand und Exekutivkomitee bestanden, trieben den schon vorher in Gang gekommenen innerparteilichen Klärungs- und Differenzierungsprozeß bis zur faktischen Abspaltung des linken Flügels voran.

⁶² LPA London. International Department. Hungary 1947—51. Danube Conferences, Prague.

⁶³ Report on the 27th Congress 5.

⁶⁴ Vgl. Protokoll der Sitzung des Vorstandes der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei am 8. 1. 1948. IGA Bochum. Fasz. „Čsl. sociální demokracie 1945—1948“; zur Strategie der „Dritten Kraft“. — Vgl. die schon zit. Darstellung von L o t h 1977, 156 ff.

⁶⁵ E b e n d a 138.

⁶⁶ E b e n d a 159.

⁶⁷ Report on the 27th Congress 3.

⁶⁸ E b e n d a 5.

Während Fierlinger und seine Anhänger bestritten, daß die Labour Party eine sozialistische Partei sei, die im Wiederaufbau befindliche Sozialistische Internationale unter dem maßgeblichen Einfluß Labours zu einer „Vereinigung zum Schutz der kapitalistischen Wirtschaft“ degenerieren sahen und den Austritt der tschechoslowakischen Sozialdemokratie aus der Internationale forderten, trat die Mehrheit des Vorstandes mit der gleichen Schärfe für die Labour Party ein. Sie war nicht nur der Auffassung, daß Labour „konsequent einen sozialistischen Weg beschreitet“, sondern plädierte auch für eine weitere Beteiligung der tschechoslowakischen Sozialdemokratie an den Konferenzen des COMISCO, „da gerade die sozialdemokratische Bewegung der Idee der internationalen Verständigung einen großen Dienst erweisen kann“ (Majer). Es entspreche nicht den Tatsachen, „daß die Labour Party die anderen sozialistischen Parteien ungünstig beeinflusst und in eine antisowjetische oder antikommunistische Front drängt“. Die Konferenzen des COMISCO seien „Versuche mit dem Ziel, den demokratischen Sozialismus zu einem Faktor der Weltpolitik und für die Sache des Friedens nutzbar zu machen“ (Bernard). Auch Fierlingers entschiedene Ablehnung der (bereits vollzogenen) Wiederaufnahme der SPD in die Sozialistische Internationale wurde von der Mehrheit des Parteivorstandes nicht geteilt. „Wenn in Deutschland überhaupt jemals gesunde Kräfte heranwachsen, mit denen wir reden können“, erklärte Majer für die Mehrheit, „dann ist dies allein die Sozialdemokratie. Auch als Staat und Nation müssen wir uns wünschen, daß dort solche positiven Kräfte entstehen und an Bedeutung gewinnen“.⁶⁹

Für Ungarn fließen die Quellen spärlich. Es ist aber deutlich, daß die Labour Party in der sozialdemokratischen Partei des Landes eine solche Popularität genoß, daß selbst Szakasits, der als Generalsekretär der Partei wegen seiner prokommunistischen Orientierung stark umstritten war⁷⁰, aus seinen guten Kontakten zur Labour Party erheblichen Legitimitätsgewinn zu ziehen vermochte⁷¹.

Das Ausmaß der Hoffnungen und positiven politischen Einschätzungen, das die ostmitteleuropäischen Sozialisten der Labour Party entgegenbrachten, muß insofern überraschen, als Labour den ostmitteleuropäischen Parteien auf dem Boden der Sozialistischen Internationale weder in der zentralen Frage der Aktionseinheit mit den kommunistischen Parteien noch in bezug auf die Wiederaufnahme der SPD, gegen die vor allem die polnischen und tschechoslowakischen Sozialisten heftig protestierten⁷², entgegengekommen ist.

Nun ist zumindest der SPD-Komplex auch ein Beispiel dafür, daß die Frontbildungen zwischen den ostmitteleuropäischen und den westeuropäischen Sozialisten nicht überschätzt werden dürfen: Was zwischen beiden Gruppierungen auf internationaler Ebene zum Streitfall wurde, war in der inneren Entwicklung der sozia-

⁶⁹ Vgl. dazu die in Anm. 64 zit. Quelle.

⁷⁰ Vgl. S u n d h a u s s e n, H.: Die Vorbereitung der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Ungarn 1945—1948. JbGO 28 (1980) 547—589, hier 553.

⁷¹ PRO London. FO 371 — 59008. R 17167/256/21.

⁷² Vgl. S t e i n i n g e r 1979, Dok. Nr. 12. — Ferner K o n ě l í k, Z.: Československá sociální demokracie v mezinárodním socialistickém hnutí v letech 1945—1948 [Die tschechosl. Sozialdemokratie in der internationalen sozialistischen Bewegung von 1945—1948]. In: K dějinám Československé sociální demokracie. Prag 1968, 258 ff.

listischen Parteien Ostmitteleuropas keineswegs in gleichem Maße konfliktträchtig. So hatte sich — wie oben gezeigt — in den internen Beratungen der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei über die SPD-Problematik seit dem Spätherbst 1947 eine mehrheitlich positive Einstellung zur deutschen Sozialdemokratie herausgebildet. Zur gleichen Zeit nahmen aber die tschechoslowakischen Vertreter auf der Internationalen Sozialistischen Konferenz eine alles andere als versöhnliche und kompromißbereite Haltung in der SPD-Frage ein ⁷³.

Die Gründe für diese „gespaltene“ Argumentation liegen auf der Hand; sie charakterisieren das ganze Ausmaß der Schwierigkeiten, mit denen die internationale Politik der ostmitteleuropäischen sozialistischen Parteien zu rechnen hatte, nicht nur, soweit es um die SPD ging.

Da der SPD-Komplex als Teil der „deutschen Frage“ unmittelbar und in hohem Maße Interessen und Strategien der sowjetischen Außenpolitik berührte, konnte die tschechoslowakische Sozialdemokratie in internationalen Verhandlungen keine Position beziehen, die sie dem „westlichen Lager“ integriert hätte; in diesem Falle wären Gegenreaktionen Moskaus zu befürchten gewesen, die den Ost-West-Konflikt verschärft und damit wiederum den internationalen Bewegungsspielraum eingeengt oder gar zunichte gemacht hätten, der den Sozialisten Ostmitteleuropas wenigstens ein gewisses Maß an „Westintegration“ gestattete. In diesem Verhalten wird man umso weniger bloß einen „Kotau“ vor Moskau sehen können, als außenpolitische Rücksichtnahmen auf die Sowjetunion den ostmitteleuropäischen Sozialisten auch dazu dienten, sich innenpolitisch den Handlungsspielraum zu erhalten, der die oben dargelegte vorsichtige Absetzbewegung von den kommunistischen Parteien überhaupt erst ermöglichte. In diesen Zusammenhang gehört beispielsweise das oben erwähnte Kooperationsangebot der tschechischen nationalen Sozialisten an die Labour Party.

Labour hat dieses Angebot zweifellos auch deshalb nicht aufgegriffen, weil die nationalen Sozialisten der entschiedenste und bedeutendste politische Gegner der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei waren ⁷⁴, die Zusammenarbeit mit ihnen daher das innenpolitische Konfliktpotential externalisiert und dadurch Moskau und den tschechoslowakischen Kommunisten umso mehr eine Handhabe geliefert hätte, die inneren Auseinandersetzungen zu verschärfen ⁷⁵.

Ihre prekäre Lage zwischen Ost und West hat die ostmitteleuropäischen Sozialisten schon im ersten Nachkriegsjahr veranlaßt, die Initiative zu einer stärkeren Integration der ostmitteleuropäischen Länder zu ergreifen, die vor allem auf eine engere wirtschaftliche, dann aber auch politische Zusammenarbeit zielte. Wie in keinem zweiten Ereignis der frühen Nachkriegsgeschichte Ostmitteleuropas spiegelt sich in diesen Integrationsbestrebungen, die zu den in der Literatur so gut wie unbekannteren Konferenzen von Prag (1946) und Budapest (1947) führten, die ganze historische und aktuell-politische Problematik „Zwischeneuropas“ als eines Spiel-

⁷³ E b e n d a 307 ff.

⁷⁴ Eben deshalb trat das Foreign Office für ihre Unterstützung ein.

⁷⁵ Präzedenzfälle gab es in dieser Hinsicht schon, etwa die Verschärfung der innenpolitischen Situation im Zusammenhang mit dem Auftreten der ukrainischen Bandengruppen in der Slowakei.

balls der Großmächte und Kampffeldes west-östlicher Antagonismen. Bemerkenswert sind diese Bestrebungen — im Hinblick auf den vorliegenden Zusammenhang — auch deshalb, weil die Labour Party dabei offensichtlich eine wichtige Rolle spielte; allerdings liegt hier noch vieles im Dunkeln ⁷⁶.

Sowohl in Prag als auch in Budapest waren alle sozialistischen bzw. sozialdemokratischen Parteien Ostmitteleuropas vertreten: Neben der PPS, der tschechoslowakischen, ungarischen, rumänischen und bulgarischen Sozialdemokratie hatte auch die Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ) eine Delegation zu den mehrtägigen Beratungen über wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in Ostmitteleuropa entsandt ⁷⁷. Schon auf der Prager Konferenz, die vom 6. bis 9. Dezember 1946 stattfand, wurde deutlich, daß die Motive für eine ökonomische Integration Ostmitteleuropas aus unterschiedlichen Beurteilungen der aktuellen und langfristig zu erwartenden europäischen und weltweiten wirtschaftlichen Entwicklung kamen und in vielen Fällen unauflöslich mit politischen Erwägungen verknüpft waren, welche die spezifische Stellung Ostmitteleuropas im Ost-West-Konflikt reflektierten.

Weitgehende Übereinstimmung bestand in Prag wie auch in Budapest zunächst hinsichtlich der „deutschen Frage“ als ökonomischen Problems: Ostmitteleuropa mußte wirtschaftlich fest integriert sein, bevor das zerstörte Deutschland seine Wirtschaftskraft wiedererlangt hatte, und abermals gegen Ostmitteleuropa richten konnte. Während aber die Furcht vor der Wiederauferstehung des deutschen ökonomischen Imperialismus auf der Konferenz in Prag die meisten Delegierten bewog, sich für die enge wirtschaftliche Anlehnung an die Sowjetunion auszusprechen, eine Orientierung, die nicht zuletzt durch die Annahme von der relativen Krisenfestigkeit der sowjetischen Planwirtschaft begünstigt wurde, hatte sich dieser Argumentationszusammenhang in Budapest, wo die ostmitteleuropäischen Sozialisten vom 16. bis 19. Mai 1947 zu erneuten Verhandlungen zusammenkamen, z. T. wieder aufgelöst. Zwar verstärkten die sich nun deutlich abzeichnende kapitalistische Restauration in Westeuropa und der Vorstoß der amerikanischen Wirtschaft nach Europa Befürchtungen darüber, wie die ostmitteleuropäischen Volkswirtschaften unter solchen Voraussetzungen ihrer sozialistischen Aufgabenstellung gerecht werden könnten, doch wuchs andererseits offensichtlich die Abneigung, sich ökonomisch allzusehr auf die Sowjetunion festzulegen.

Das gilt für die tschechoslowakischen Sozialdemokraten, deren Wirtschafts- und Planungsexperten von der in Prag noch betonten Konzeption der Tschechoslowakei als der „Maschinenfabrik Osteuropas“ abzurücken begannen. Die PPS-Delegierten befürchteten offenbar, daß die wachsende wirtschaftliche Verflechtung Polens mit der Sowjetunion nicht ohne Rückwirkung auf die politische Entwicklung des Lan-

⁷⁶ Das Folgende ist nur ein knapper Aufriß der mit den Konferenzen von Prag und Budapest zusammenhängenden Problematik. Ausführlich dazu demnächst Heumos, P.: Die Konferenzen der sozialistischen Parteien Zentral- und Osteuropas in Prag und Budapest 1946 und 1947. Anmerkungen und dokumentarische Materialien zu einem unbekanntem Kapitel osteuropäischer Nachkriegsgeschichte, erscheint in: JbGO 31 (1983) H. 2.

⁷⁷ Das Folgende nach: LPA London. International Department. Hungary 1947—51. Danube Conferences, Prague & Budapest.

des bleiben würde. Am klarsten läßt sich der antisowjetische Impetus in der ungarischen Sozialdemokratie nachweisen. Ihr in die Budapester Beratungen eingebrachtes Memorandum zur „Organisation der wirtschaftlichen Kooperation der Donauländer“ lief unmißverständlich auf die Forderung nach Eingliederung der ostmitteleuropäischen Volkswirtschaften in die Weltwirtschaft hinaus; zu diesem Zeitpunkt befand sich die ungarische Wirtschaft bereits in vollständiger Abhängigkeit vom sowjetischen Wirtschaftssystem⁷⁸.

Während die Mehrheit der Sozialisten in Budapest mit einigen Vorbehalten für eine Wirtschaftspolitik plädierte, die Ostmitteleuropa in den gesamteuropäischen Wirtschaftszusammenhang integrierte, versuchten die prokommunistischen Gruppierungen ohne Erfolg, den avisierten Wirtschaftsverbund in eine ostmitteleuropäische Föderation in enger Anlehnung an die Sowjetunion umzuwandeln⁷⁹. Politische und wirtschaftliche Zielsetzungen ließen sich in dieser Phase immer weniger voneinander trennen; das zeigte wenige Monate später die Initiative Cyrankiewicz, der als Antwort auf die Gründung des Kominform die wirtschaftlichen Integrationsbestrebungen der ostmitteleuropäischen Sozialisten zu forcieren suchte⁸⁰.

Die Labour Party hat sich für die in Prag und Budapest formulierten Zielvorstellungen der ostmitteleuropäischen Sozialisten stark engagiert und nach Kräften die Gruppen unterstützt, denen an einer gesamteuropäischen wirtschaftlichen Integration gelegen war. Healeys Gespräche in Ungarn⁸¹, seine Rede vor dem SPÖ-Kongreß im Oktober 1947⁸² und auf dem Parteitag der polnischen Sozialisten im Dezember 1947⁸³ sind nur einige Belege für dieses Engagement zu einer Zeit, als die Masse der westeuropäischen Sozialisten Ostmitteleuropa bereits abgeschrieben hatte.

⁷⁸ Ausführlich zu dieser Abhängigkeit *Sundhausen* 1980, passim.

⁷⁹ *Deutsch, J.*: Ein weiter Weg. Lebenserinnerungen. Zürich-Wien 1960, 401.

⁸⁰ Vgl. Protokoll der Sitzung des Vorstandes der Tschechoslowakischen Sozialdemokratischen Partei am 9. Oktober 1947. IGA Bochum. Fasz. „Čsl. sociální demokracie 1945—1948“.

⁸¹ Vgl. *Jemnitz, J.*: A magyarországi szociáldemokrata párt külpolitikai irányvonalának alakulásához 1945—1948 [Die Grundlegung der Außenpolitik der ungarischen sozialdemokratischen Partei 1945—1948]. In: *Történelmi Szemle* 1965, 133—197.

⁸² Vgl. Protokoll des dritten Parteitages der SPÖ. Wien 23.—26. Oktober 1947. Wien 1947, 30 ff.

⁸³ Vgl. Report on the 27th Congress 2.